

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abgabepreis: Die halbjährliche Kopypost 15 Wg.
Ausgabenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zettelstraße 10 bis 12, spätestens demnächst 10 Uhr, frühere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.
Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Abgabepreis: Die halbjährliche Kopypost 1,60 Wg.
von unseren Seiten ins Haus gebracht 1,75 Wg. und durch den Briefträger 1,74 Wg.

Abgabepreis: Die halbjährliche Kopypost 1,60 Wg.
von unseren Seiten ins Haus gebracht 1,75 Wg. und durch den Briefträger 1,74 Wg.

amtliches Verkündungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 31.

Donnerstag, den 13. März 1919.

58. Jahrgang

Deutsche Nationalversammlung

Brinnar, 10. März. Die Sitzung wurde 2 Uhr 20 eröffnet. Angehörige: Ernährungsinterpellation. Zur Begründung führt Abg. Peters (Dem.) aus: Die Regierung muß mit absoluter Wahheit und Klarheit dem deutschen Volke sagen, wie die Lage ist. Anbehalten müssen wir das moralische Gefühl des Volkes aufreihen. Die Arbeitseinstellungen müssen aufgehört, damit die vorhandenen Vorräte nicht als Futur vor der Unfähigkeit vergeudet werden, und damit die neue Ernte gefördert wird.

Wir fordern speziell die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide und Eier, weiter den Abbau der Kriegswirtschaften. Zum zweiten haben wir unsere Interpretation eingebracht, um an das Gewissen der Welt zu appellieren. Wenn wir nicht die Lebensmittel bekommen, die wir haben müssen, dann wird das nicht allein zu einer deutschen, sondern zu einer europäischen Katastrophe führen. Wenn aber der russische Bolschewismus Deutschland und schließlich ganz Europa überflutet, dann mögen die Mächte die Verantwortung tragen, die es herführen aber nicht wollen.

Abg. Dr. Semmler (Zn.). Die Zwangswirtschaft muß nach dem Vorschlag von Dr. Meißner abgebaut werden. Die Ablieferung einer bestimmten Menge ist zu verlangen; im übrigen muß aber den Landwirten volle Freiheit gelassen werden. Die Landwirtschaft kann nur gefördert werden durch den Privatbetrieb, nicht durch Sozialisierung.

Deutsche Nationalversammlung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten mit dem Verlesen einer Mitteilung des Stabes des freiwilligen Vorkämpferkorps an die Nationalversammlung, wonach die Verdringung des in Halle getöteten Oberleutnants v. Klüber am Dienstag nachmittag 3 Uhr stattfand.

Meine Damen und Herren! Oberleutnant v. Klüber ist beantragt gewesen, die militärischen Maßnahmen zum Schutze der Nationalversammlung in und um Weimar zu treffen. Er hat dieselben in nulltätiger Weise besetzt. Sein Tod in Halle ist auch erfolgt im Dienste für die Ordnung und damit auch für das Vaterland, im Dienste für die Nationalversammlung. Er ist in bestfälliger Weise hingerichtet worden. (Beifall.) Bei diesem Anlaß gedenken wir auch mit schmerzlicher und herzlicher Teilnahme der blauen Offiziere, welche die Umstände in Weimar unter unseren kaiserlichen Soldaten und unter den braven Schutzleuten gefordert haben. Auch sie sind im Dienste der Ordnung und damit des Vaterlandes in die Ewigkeit hinarbeit gegangen, gefallen oder auch zum Tode hingerichtet.

(Beifall.) An der Reichseinigkeit des gemorbenen Oberleutnants v. Klüber wird die Nationalversammlung sich beteiligen. Eine Verordnung wird sich nach Halle begeben und dort die Nationalversammlung vertreten. Vizepräsident Kaufmann wird namens unserer Nationalversammlung einen Kranz zu Ehren des Verstorbenen niederlegen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anträge.

Abg. Rahmann (Soz.) weist auf die unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln hin.

Meinerehrwürdiger Herr! Die Gründe dafür, daß die Aufgabe der Wobenzation von fünf Pfund nicht überall stattfinden kann, liegen hauptsächlich in den Transportverhältnissen. Sobald freies Getreide bettet zu erwarten ist — Anfang April — werden die Transporte in verkehrtem Maße wieder aufgenommen werden.

Scheideminister Freudenburg: Aus den Mitteilungen des Zentralrats für die Wahlen zum zweiten Wahlgang geht hervor, daß Mitglieder aller politischen Parteien in Wahllokalen einreisen können. Die Anordnung des Reichsminister ist daher ordnungsgemäß.

Abg. Schlimmann (Soz.) macht auf das Verbot des Scheinwahlens in den Militärräten aufmerksam, im besetzten Gebiete Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen vorzunehmen.

Interfraktioneller Albert: Die deutsche Regierung hat wegen dieses Verbotes unverzüglich bei den Militärräten angefragt. General Hubert hat erwidert, die Befehlsgewalt hätten ein Interesse daran, daß die gegenwärtig im Amt befindlichen Kommunisten nicht durch die Wahlen auf ihren Posten verbleiben. Die deutsche Regierung wird erneut entsprechende Verhandlung gegen dieses Verbot einleiten.

Verzweigte Ernährungsfrage.

Die Interpellation der Abgeordneten Müller (Soz.), Grober (Zn.) und Mayer (Dem.) über die künftige Ernährung des deutschen Volkes führte in der Nationalversammlung zu einer

lebhaften Aussprache, die selber nur allgemein den überaus großen Ernst der Lage konstatierte.

Der Reichsernährungsminister Schmidt kam bei seinen Ausführungen zu folgendem Ergebnis: Es bleibt uns nur übrig, den festbetrag für die Volksernährung durch Einfuhr vom Ausland zu decken. Weder sind das und Lebensmittel zu ersetzen, noch die Stimmen der Bernunft erfüllt werden und das der Appell an Menschlichkeit und Gerechtigkeit verhält wie die Stimme des Predigers in der Wüste.

Alle sprechen dafür, daß der Reichsstatistikamt auch Friedensstatistik über die nächsten Fremdenstatistiken soll. Trotz allerhand Klänge ist so schimmernd unter Veränderung, wenn uns nicht durch harte Arbeit und politische Unruhe die Einfuhrmöglichkeiten aus den neutralen und sogar aus dem feindlichen Ausland unterbunden worden wären. Wir hätten Lebensmittel in nicht geringem Umfang wie Getreide, Mehl, Öl, Milch, Fleisch und Süßwaren, einführen können, wenn die nötigen Fremdenstatistiken dafür hätten bieten können, und zwar Kohle, Kalk und Eisen. Weil wir das aber nicht bieten konnten, sind uns diese Lebensmittel vor der Nase weggeschmuggelt worden. (Hört! Hört!) Bewegung. Zurufe: Die Schuld der Unabhängigen. Das Reichswesen liegt darnieder. Die Kohlenzeugung ruht auf ganz schwachen Grundlagen. Das Ausland will nicht unter entwertetem Geld, es will unsere Erzeugnisse. Gerade deshalb trifft uns diese Art der politischen Agitation so ungemein hart, und ich trage mich vergeblich: leben denn unsere Arbeiter nicht, daß in der jetzigen Zeit jeder Streit wachsende Härten anleitet und daß sie selbst am schwersten unter dem Leben leiden müssen (Auskunftsung). Nach jedem Streit kommen Arbeiter zu mir und fordern härtere Verteilung mit Lebensmitteln, nachdem sie vorher mir die Zahlungsmittel: Kohle, Kalk und Eisen, aus der Hand geschlagen haben. (Hört! Hört! und Bewegung.) Auch die Verteilung der vorhandenen Lebensmittel wird immer mehr in Frage gestellt. (Hört! Hört!)

Ich kann die Verantwortung für die Ernährung der Städte nicht mehr übernehmen, wenn auf der anderen Seite nicht Vernunft und Einsicht zurückkehren. (Hört, hört!)

Der Schleichhandel

Heute ist wirksam nur bekämpft, wenn die Nationen in hoch gelagerten Kreisen, daß das Interesse an Schleichhandel fortfällt. Ein Verbrechen ist es, wenn den Landwirten gefügt wird, ihr kann auch streifen. Das sind die Spartaufste im Mund der Landwirte. (Große Anrede. Ruf des Abg. Westde.) Wo bleiben die Kohlen? Die Zwangswirtschaft ist kein Wirtschaftssystem. Maßnahmen zu ihrer Aufhebung sind eingeleitet für das Brotgetreide und Getreide, ebenso für Dörrengetreide, Saucereifer und Salzgemüse. Weisheit können wir von den Hilfsfrüchten nur einen Teil erlassen und das übrige freigeben und können eben bei Getreide und Äpfel aber ein gewisses Quantum hinaus Zugeständnisse machen. Weisheit auch bei Getreide und Getreide die Zwangswirtschaft aufheben, ebenso für Äpfel, weiterhin zum Teil, wenn der Verbrauch für die Agarreite und Krankheitsfälle sichergestellt ist. Endlich können wir vielleicht, wenn der Verbrauchszweck sichergestellt ist, das was darüber hinausgeht, freilassen. Dagegen muß ich mit aller Entschiedenheit die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide ablehnen, für Getreide, für die Butter und Milchgewinnung und für die Kartoffelversorgung. Ich glaube nicht, daß die deutsche Landwirtschaft unseren Bedarf decken könnte. Trotzdem werden wir alles tun, um die Produktion zu erhöhen, schon weil wir gar nicht die Mittel haben, eine große Einfuhr finanziell zu bestreiten.

Die Lösung der Arbeiterfrage sehe ich in der Schaffung eines kleindarierlichen Besitzes, dem auch in der Gegenwart genossenschaftlicher Einrichtungen die Möglichkeit gegeben wird, sich die technischen Fortschritte zunutze zu machen.

Interfraktioneller im Reichsernährungsamt Ober v. Braun gibt einen eingehenden Bericht über die Vorgeschichte der letzten Verhandlungen in Spa. Der Oberste Kriegsrat in Paris hat sich vor einigen Tagen eingehend mit der Frage der deutschen Lebensmittelversorgung beschäftigt, und es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß es an einer Einigung des Waffenstillstandes nicht kommen wird, vielmehr werden die Verhandlungen fortgesetzt werden. Unsere Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Neue Verhandlungen werden kommen, und auf die Dauer wird sich die Welt den Verpflichtungen, die sie Deutschland gegenüber hat, nicht entziehen können.

Abg. Schiele (Dnl.) erfaßt einen Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über Arbeitsmarkt und Landwirtschaft. Er unterbreitet der Nationalversammlung einen Antrag dieses Ausschusses, der eingehende Berücksichtigung enthält für eine bessere Verteilung der Arbeitskräfte und zur Förderung der dringenden Arbeiten in

der Landwirtschaft, insbesondere der Frühjahrsstellung.

Abg. Baum (Zn.): Wir Landwirte werden unter keinen Umständen streifen (Beifall), es ist unser aller Aufgabe, die Erzeugungsfähigkeit des Bauernstandes zu fördern. Wästen es doch unsere Chemiker dahin gebracht, einige Kilometer überflüssiger Bevölkerung in Stofflos zu verandern (Sehr laut und Heiterkeit.) Wilson sollte seinen 14 Punkten den 15. hinzufügen: Laß deinen Nächsten nicht verhungern, auch wenn es dein Feind ist. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Baum (U. Soz.) spricht auf Grund seiner Erfahrungen über die Lebensmittelversorgung und auch über die Streiks und die Vorkommnisse in Wittenberg, die er zwar nicht zu beschönigen, aber doch zu entschuldigend versucht.

Reichsminister David: Früher hatten wir keinen Nahrungsmittelmangel, keinen Verzehrmangel, da war der Streik ein berechtigtes Kampfmittel. Das kann er heute nicht sein, weil wir in Gefahr stehen, in einen Abgrund hineinzufallen. Das Streikrecht der Arbeiter hat eine Grenze da, wo das Lebensrecht des Volkes ansetzt. Der Streik ist ein Verbrechen, wenn er sich gegen das Leben der Arbeiter richtet, das muß jeder verständige Arbeiter einsehen. Wir hätten aus neutralen Ländern manche Nahrungsmittel bekommen können, wenn wir dafür Kohlen hätten geben können. Die Unabhängigen Sozialisten tragen die Verantwortung daran, daß es zu diesen furchtbaren Sitten unseres Wirtschaftslebens gekommen ist, und daß die Gewalt des gegenwärtigen Abwärtsens fortdauern. (Stürmischer Widerspruch bei den U. Soz.)

Abg. Eisenberger (Zn., Bauernbund): Als keiner Vergrößerer will ich nur ein paar Worte zu Ende sprechen. Auf dem Gebiete des Schleichhandels wird viel gefündigt, am meisten von den besseren Ständen, die auf die Weise unheimlich viel Nahrungsmittel aus dem Lande herausziehen. Die Frage über den Mangel an Nahrungsmitteln ist — richtig. Der Mangel liegt aber zweifelslos daran, daß der Großgrundbesitz infolge der vielen Wirtschaft zu wenig Stallmist produziert. Mit Recht verlangt der Anbau die Inangriffnahme von Kulturarbeiten in den Höfen. Bei uns in Bayern haben die Fideikommissbesitzer ihre besten Besitztümer aufgegeben und in Jagdschlösser verhandelt. Auch die Regierung hat manche Fehler begangen, ich erinnere nur an ihre verkehrte Sozialpolitik. (Große Heiterkeit.) Man sorge dafür, daß die Gendarmen, die man hinausgeschickt, um die Bauern zu kontrollieren, nicht bei den Großgrundbesitzern vorbeigehen. Der Großgrundbesitz, der bisher so wenig für die Volksernährung geteilt hat, müßte aufgestellt werden. (Beifall.)

Abg. Schlimmann (Soz.): Die eben gebrachte vorläufige Rede beweist, wie viele Berührungspunkte zwischen Kleinbauern und Sozialdemokratie bestehen (Widerpruch und Laus rechts), mehr jedenfalls, als zwischen Herrn Eisenberger und den Großgrundbesitzern. Das habe volles Verständnis für den tiefen sittlichen Gehalt des Christentums; wollten alle nach dem Grundfals handeln: Weich dem Untertanen kein Brot, dann brauchen wir keine Brotkruste. Aber am allermeisten die Landwirte hat nach diesem Wort und nach dem Satz: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst — geschändet.

Abg. Duffe (Z. V.): Auch die beschriebene Sozialisierung in der Landwirtschaft wäre der größte Ruin Deutschlands; die Regierung würde an dem Verhalten sämtlicher Landbesitzer vom größten bis zum kleinsten ihr blaues Wunder erleben. An jeder Kuh, die wir zum Schlachten abliefern, verlieren wir mindestens 1000 Mark (Sehr lebhafter Beifall). Den Verdienst am Schleichhandel an Fleisch erlangt nicht der Landwirt, sondern der Zwischenhändler.

Reichsminister Schmidt: Die Interaktion gedenke ich nicht herabzusetzen, noch den Zuckerpriest auf das Verbot des Friedenspreises zu erhöhen, das wäre ein Verbrechen an den Verbrauchern, auch ein Kartoffelpriest von 10 Mark wäre unerbittlich. Ich schlichte die Bevölkerung. Der Antrag der Ausschüsse wird angenommen. Darin befindet sich auch der Vorschlag, daß Landarbeiter bei öffentlichen Postenarbeiten nicht beschäftigt werden dürfen, wenn sie ohne zwingenden Grund landwirtschaftliche Stellen aufgeben haben; gegen diesen Vorschlag stimmen die Sozialdemokraten.

Warum die Entente einleitet.

Die Entente der englischen Anzeigen. Zu der Vorgeschiede eines nach Weimar gesandten Telegramms, worin die deutsche Regierung verständigt worden ist, daß die Entente es übernehmen will, Deutschland bis August mit Lebensmitteln zu versorgen, weil eine vollständige Entente folgende interessante Einzelheiten erfahren haben:

Der französische Minister Loucheur hatte noch einen Kompromißvorschlag gemacht, wonach Amerika die Ausgaben für die Ernährung übernehmen sollte, wenn diese 500 Millionen Dollar überfließen. Die amerikanischen Delegierten betonten, daß sie durch Beschluß des Konferences verbindlich seien, einen solchen Vorschlag anzunehmen.

Die Besatzung der Festung...
wie Frauen und Kinder in den Straßen der besetzten Städte
verhungen.

Lobd George sagte hinzu, daß General Plumer
wohl nicht deutschfreundlicher Geminnung beschuldigt
werden könne. Diese Ausführungen wirkten wie ein
Blitzschlag, und danach beschloß der Rat der Besatzung
Versehrung seine Hindernisse mehr in den Weg zu
legen. Man müßte ein, sofort zu handeln, und selbst
Elemente erklärte, daß man mit der Hilfe Frank-
reichs werde rechnen können.

Berliner Kampfzige.

30 Spartakisten erschossen.
In der Gegend der Michaelstraße und Markstraße
wurde ein Spartakistenfest ausgebrochen, das die dortige
Gegend mit Maschinengewehrfeuer beschießen hatte. Da-
bei wurden in Ausführung des Erlasses über die Ein-
führung des Standrechts 30 Spartakisten standrechtlich
erschossen, da sie mit Waffen in der Hand an-
getroffen worden waren. Der Rest der Spartakisten
wurde in Haft genommen.

Am Hauptort Lichtenberg

zeigt sich eine Art von systematischer Organisation
der Spartakisten. Die Leitung soll ein gewisser Ve-
waraow sein haben, dem einzelne Trupps unter-
stellt sind. Die dortigen Blätter geführt werden. Die
Spartakisten verfügen auch über Artillerie, und haben
im Laufe des Vormittags planlos einzelne Stadt-
teile Berlins beschoßen. Einen militärischen Schaden
können sie mit diesem Verfahren ihren Gegnern
nicht zufügen. Unter der Zivilbevölkerung sind durch
dieses Schießen bedauerliche Verluste entstanden.

Die Regierungstruppen gehen systematisch gegen
Lichtenberg vor. Eine Batterie der Spartakisten in
der westlichen Gegend Lichtenbergs wurde durch das
von Fliegern vorzüglich geleitete Feuer der Frei-
willigenstruppen in kurzer Zeit zum Schweigen ge-
bracht. Wenn auch bei der Erbitterung des Gegners
nicht gerechnet werden muß, daß noch Kämpfe be-
vorstehen, so kann der

Ausgang doch nicht zweifelhaft

sein. Es steht zu hoffen, daß Lichtenberg in kurzer
Zeit von den Spartakisten bereinigt wird. Die
Stadt hat durch die Beschießung gelitten. Besonders
in der Balladenstraße sind eine Reihe von Häusern
fast völlig zerstört. In allen Straßen erwiderten
die Spartakisten Barrakaden von Kaperellen, Un-
zufälligen, Raufen und Mordtaten. Der ungeliebte
Bewohner der besetzten Straßen werden von den
Spartakisten an der Flucht aus den bedrohten
Stadtteilen gehindert.

Dyfer der Kämpfe.

die die Kämpfe ununterbrochen fordern, müßte ständ-
lich. Sie läßt sich nach den kürzlichen Vorgängen in
Lichtenberg nicht im entferntesten übersehen. Im
Berliner Reichsanlage sind weitere 35 Kisten un-
tergebracht worden, so daß allein hier bereits un-
gefähr 200 Tote liegen. Viele Dyfer fordert auch
die Verhängung des Standrechts und die Stellung
der Angehörigen der Volksmarineinführung unter das
Kriegsrecht. So wurden im Berliner Volkstribunal
allein sechs Matrosen, die im Kampf gegen die
Regierungstruppen gefangen genommen worden wa-
ren, nach ihrer Vernehmung standrechtlich erschossen.
Unterdessen nimmt die spartakistische Aufrege-
lung weitere Ausbreitung nach Süden und Süd-
osten. Es ist daher an ein baldiges Aufblauen der
erbitterten Kämpfe kaum zu denken. Auch in Neu-
kölln haben die Unruhen größeren Umfang als bis-
her angenommen, und aus diesen Gründen werden
die Regierungstruppen mit aller Energie an die Ein-
schränkung des Standrechts gehen. Der Bahnhof in Lichten-
berg ist von den Spartakisten besetzt. Sie haben eine
Schienenbrücke aufgeschossen. Spartakistische Ein-
kräfte sollen im Innern auf das Artilleriedepot
Neuendorf sein, um sich in den Besitz des Ge-
schützparkes zu setzen. Gegenüber der unter der
Bewohnerschaft der südlichen Stadtviertel verbreiteten
Meinung, daß die schweren Schäden an Menschen-
leben und Häusern, die durch die beständige Artillerie-
wirkung hervorgerufen sind, von der Beschießung
durch die Regierungstruppen herkönnen, muß daraus
hingewiesen werden, daß die Kommunisten ebenfalls
aber nicht zu unterschätzende Artillerie verfügen, die
rücksichtslos eingesetzt wird. Wenn auch der Luftdruck
in der Innenstadt durch die Beschießung der Regierungstru-
ppen niedergeschlagen, ein Wiederaufblauen da-
selbst zumindest niedergehalten wird, so bemerkt doch
die Ausbreitung und die erbitterte Heftigkeit der
Kämpfe an der südlichen und südöstlichen Peripherie
der Stadt, daß mit einer endgültigen Niederlage der
Revolte für die allerersten Tage noch nicht
gerechnet werden darf. Aus diesem Grunde sind weite-
re beträchtliche Verstärkungen der Regierungstru-
ppen nach Berlin herbeizuführen, die zum Teil schon ein-
getroffen sind. Nach der Beschießung des Stand-
rechts sehen sich die Kommunisten mit einer fanati-
schen Kampfeswut vor Weg, die nichts mehr zu
verlieren hat.

Am Reichstagern.

Die Bewohner der Frankfurter Allee an der Nöb-
lender Grenze sind durch die vierstündigen Kämpfe
den Verhungen nahe. Die Spartakisten haben alle
Geschäfte ausgeraubt, so daß für die Anwohner nicht
das Geringste an Nahrungsmitteln übriggeblieben ist.
Es kann aber auch niemand auf die Straße hinaus.
Am Laufe des Montags ist übrigens auch das große
Lebensmitteldpot am Frankfurter Ringabgang ge-
plündert worden. Während des ganzen Tages schlep-

den bewaffnete Jüdischen, Frauen und Kinder aus
diesen Deput. Sied. Wohl, Kerzosen, Pfanz-
schlingen und Konterbenbüchsen hinweg, ohne daß ihnen
Einkauf geboten werden konnte.

„Friedensschiffen“ der Spartakisten.

Wie verlautet, sind die Spartakisten bereit zu
„Verhandeln“. In der letzten Nacht erschien eine
Deputation bei Reichswehrminister Poste und fragte
an, unter welchen Bedingungen der Frieden verzu-
stellen sei.

Die den Spartakisten erstellte Antwort des
Reichswehrministers soll gelautet haben: Bedingungs-
lose Uebergabe und Ablieferung sämtlicher in Besitz
der Spartakisten befindlichen Waffen.

Berlin, 11. März. Heute mittag wurde von Truppen
der Garde-Kavallerie-Schützenbrigade am Frankfurter Platz
ein bewaffneter Spartaft gefangenommen, in dessen Besitz
für 800000 Mk. garantirte Juwelen gefunden wurden. Er
wurde sofort standrechtlich erschossen.

Berlin, 10. März. Die Morgenblätter melden: Nach
Erklärung des Völklinger Polizeipräsidenten zogen die
Spartakisten nach dem Völklinger Hauptplatz, um das
Fernsprechamt zu besetzen. Das Postamt hatte bereits seit
mehreren Tagen eine militärische Wache erhalten. Die schwache
Besatzung des Postamtes nahm den Kampf mit den über-
mächtigen Angreifern auf, und feuerte solange bis die letzte
Patrone verschossen war. Dann stürzten die Spartakisten
das Postamt und übernahmen die Hälfte der Besatzung,
die sich im Innern des Gebäudes noch hartnäckig mit dem
Kolben wehrte. Die gefangenen Regierungssoldaten und
20 Offiziere wurden bald darauf ermordet. Den anderen Teil
der Besatzung gelang es schließlich, aus dem Gebäude zu
entkommen und den weiter südwärts liegenden Regierungs-
truppen Meldung von den Geschehnissen zu machen. Es wurde
sodann eine starke Truppe generallmäßig vorgehoben. Die eigen-
tliche Abrechnung mit den Wunden wird erst durch ein zu-
kunftiges Vergehen des größeren Deutschemt erst kommen. Im
Postamt ist alles kurz und klein geschlagen und die Postfälle,
in der sich im Durchgang noch 80 000 Mk. befinden ge-
raubt worden. Um die Verbindung mit Berlin unmöglich
zu machen, wurde die Telegraphenleitung durchschnitten, um
das Fernsprechamt Lichtenberg von den Kommunisten besetzt.

Streik in Oberschlesien und Sachsen.

Denkthn, 11. März. Im Auslande befinden sich ge-
genwärtig 30 Grubenbetriebe mit ungefähr 20 000 Mann
und drei Häften, nämlich: Saurebrite, Postjager und Ju-
senhütte. Vielfach haben sich die Arbeiter nur widerwillig
angegeschlossen.

Zwickau, 11. März. Gute Fröh sind sämtliche Beleg-
schaften im Kohlenbezirk Celsing Lugan in den Streik ge-
setzt, im ganzen 14 000 Mann um auf die Verhandlungen,
die zurzeit unter Reichsstaatsminister Schwarz in Zwickau
stattfinden, einen Druck auszuüben.

Die Dauerstellung der Franzosen am Rhein.

Es ist noch nicht endgültig bekannt, wie hoch die
Kriegsentschädigung sein soll, die wir an die Feinde zu
zahlen haben werden. Es wird auch noch nicht fest,
welche Garantien die Feinde für die Besetzung der
höhen Summe verlangen wird, aber das ist zweifellos,
daß französische Truppen so lange am Rhein bleiben
sollen, bis der Hauptteil des Betrages von uns ab-
geliefert sein wird. Und es kann zur Verhütung aller
unangelegten Hoffnungen nur gesagt werden, daß
viele lebende Deutsche nicht nur den Tag schauen
werden, an welchem aus dem französischen Kontin-
ent der deutschen Boden verläßt, wenn durch England,
Amerika und Italien nicht die französischen Wünsche
bereitet werden. Und die Aussicht auf eine solche
Intervention ist nicht sehr groß.

Die deutschfeindlichen Zeitungen jonglieren mit
Kriegsentschädigungssummen, bei deren Berechnung der
gelungene Verhandlungsverlauf nicht bedacht wird. Das
Deutsche Reich hat nach 200 Milliarden Schulden zu
verzinsen und außerdem noch 150 Milliarden Kriegsentschä-
digung zur Zahlung aufbringen zu wollen, ist ein
Unding; ferner kommt aus Deutschland nicht her-
aus, und wenn man alles auf den Kopf stellt. Es
wäre schließlich auf der Erde einseitiger noch unvorstell-
bar, wenn man auf der Erde einseitiger noch unvorstell-
bar wissen, was wir leisten können. Aber wenn uns
auch nur 50 Milliarden angesetzt werden, die wir in
etwa 25 Jahren zu tilgen haben würden, so wäre
das schon sehr hart, und trotzdem wird es dabei kaum
sein. Und wenn das die Hälfte für die Kriegs-Hinterbliebenen
und Verletzten, denn bisher sind alle diese Gelder aus
den Anleihen entnommen. Und auf solche schwankende
Einnahmen können die Dyfer des Krieges, mag es
auch noch so schlecht gehen, doch ganz unzulässig
verleihen werden, dann können eines Tages die Mittel
fehlen.

Wenn die Franzosen ihren Willen auf eine Dauer-
Besetzung des Rheins zur Ausübung bringen, so
können wir uns also darauf gefaßt machen, daß wir
für Regimenter 25 Jahre lang auf dem rheinischen Boden
behalten und sie auf unsere Kosten ernähren müssen.
Was das bei unseren eigenen knappen Verhältnissen
bedeutet, braucht nicht weiter gesagt zu werden. Nach
dem Kriege von 1870-71 hatte die französische Republik
für 15 Milliarden Frankreich, bis damals als eine unvor-
bringliche Summe von Geld, die uns über wollten, be-
zeichnet wurden. Das Geld wurde aber schon in weni-
gen Jahren begeben, und die deutschen Truppen räumten
darauf Frankreich. Die damaligen Verhältnisse sind
aber nicht mit den heutigen zu vergleichen, wir haben
nicht allein die enorme Kriegsausgabe beivollt zu tragen,
sondern auch die schweren Verletzungen des Westens
handes, von denen hier 1871 Frankreich nichts anzumutet
hatten. Man kann deshalb in Paris nicht sagen, daß
Deutschland sollte heute mit dem Maß gemessen werden,
das sie 1871 selbst angewendet hätten. Das ist nicht
geschehen.

Wenn der Rhein auch deutsch bleibt, so ist eine
lange Einquartierung der Franzosen an unserem schönen
Lande doch nicht gleichgültig, wie es manchem Deut-
schen zu sein scheint, die im innern Lande ihr Lebens-
ziel sehen, denn sie gehen über die Einzelgenüß-
selbst hinweg. Das wird im Lande zu haben, ist eine

Schmach und ein höllischer Racheschlag dazu. Daraus
gibt die Franzosen vor 50 Jahren so schnell. Alles
das können wir nicht, dazu sind wir nicht im Stande.
Daß ein helles Wunder geschieht, ist möglich, aber
verlassen können wir uns darauf nicht. Und auch
dieser kaum wahrcheinlichen Möglichkeit wollen die
Franzosen durch ihre Anwesenheit am Rhein entgegen-
wirken.

Englische Schifane.

Auf einer unserer Privatbesitzer hatte sich kürz-
lich ein englische Besichtigungskommission über den
Stand der Demontierungsbatterien an dem II-Boots-
neubauten zu überzeugen. Die Boote waren alle im
Druckbayer und in der Größe der Hauptmaschinen
aufgeschnitten, die Haupt- und ein großer Teil der
Hilfsmaschinen war ausgebaut, ebenso die Batterien,
die Räume zum Teil abgegraben, kurz die Boote
waren so weit abgebaut, daß keines von ihnen vor
Anfang eines halben bis dreiviertel Jahres wieder
kriegsbereit zu machen war. Ohne die die englische
Kommission auf einen einzelnen Boot eine Ausbesserung
gemacht hätte, gab ihr Führer nach kurzer Beratung
das Schlußurteil dahin ab: Die Kommission sei nicht
befriedigt, die Waffenstillstandsbedingungen seien nicht
erfüllt.

Der mit der Ueberwachung der Demontierung be-
auftragte höhere Marinebauamt hat daaufhin, ein
Boot namhaft zu machen, bei dem die Waffenstillstands-
bedingungen nicht erfüllt seien. Es konnte kein Boot
genannt werden. Auf die Frage des Beamten, wie
die Kommission zu ihrem Urteil käme, wurde ihm
von dem Führer geantwortet: Wenn wir in London
melden, es seien auf den Booten Batterien abgemontiert
und die Maschinen ausgebaut, so antworten uns die
Serren, die nichts davon verstehen: Also, wenn man
die Maschinen wieder hineinsetzt und die Platten fest-
nietet, ist das Boot wieder fertig; somit ist es nicht
demontiert. Auf den Einwurf, daß doch der Führer
von dem Bauamt hergekommen sei und kein sachmänn-
liches Urteil abzugeben habe, ob seine sachmännlich
amontiert seien oder nicht, antwortete der Führer:
Für seine Person müßte er als Sachmann anerkennen,
daß die Boote abgebaut seien. Auf Erfragen, die
Kommission von seinem Urteil zu unterrichten, tat er
dieses, trotzdem blieb die Kommission bei ihrem Schluß-
urteil, sie sei nicht befriedigt, die Waffenstillstands-
bedingungen seien nicht erfüllt.

Paris, 10. März. (Reuter.) Der Oberste Kriegsrat be-
schloß heute seinen Beschluß vom Sonnabend, wonach das
beiverte hier ein Freiwilligen-Örer sein muß. Man setzte
die Stärke dieses Heeres auf nur 100 000 Mann statt
140 000 Mann fest, wie ursprünglich geplant war. Die
Soldaten müssen sich auf 12 Jahre verpflichten.

Volksbewusstsein in den Ententeherren.

Wie der Vertreter der Entente-Komp. in Bern erklärt, ist
der Vorwieser zwischen England und Frankreich seit drei
Tagen fast völlig eingestellt und unterliegt auch bei dem be-
schränkten Umfange der allerhöchsten Kontrolle. Diese Maß-
nahme ist darauf zurückzuführen, daß die englischen Militär-
behörden das Vorhandensein einer engen Kriegsgemeinschaft
zwischen englischen und französischen revolutionären Organi-
sationen entdeckt haben. Bei einer Reihe englischer Frontsol-
daten wurden revolutionäre Antriebe vorgefunden. Diese
Soldaten wurden standrechtlich erschossen. Daraufhin ist aus
Vertretern des französischen und englischen Generallabes
eine gemeinsame Untersuchungskommission gebildet worden,
die die Aufgabe hat, den revolutionären Antrieben in den
beideseitigen Armeen entgegenzutreten.

Wie weiter verlautet, haben die Führer der französischen
Frontarmeen Marschall Joch wissen lassen, daß sie keine
unbedingte Gewähr für die Zuverlässigkeit ihrer Truppen
übernehmen können. Joch habe auf Grund dieser Mitteilun-
gen der französischen Militärat mit Bedacht, jedoch hinzu-
gefügt, daß er hoffe, der Lage Herr zu werden, falls es
gelingen, die Arbeiterkraft im Lande ruhig zu halten. Die
Einstimmung der französischen Arbeiter ist allerdings sehr
revolutionär. Es haben sich im ganzen Lande Arbeitsaus-
schüsse gebildet, die gemeinsam mit den Soldatenaus-
schüssen verhandeln, um der Regierung ein Ultimatum zu stellen,
in dem schärfste Demobilisierung und der Friedensschluß inner-
halb einer kurz bestimmten Frist geordert wird. Man rech-
net damit, daß in Paris anfangs März Ereignisse von großer
Tragweite eintreten werden.

Paris, 10. März. Eine Neutermelbung zufolge, sind
bereits Kontakte mit verschiedenen Firmen abgeschlossen
worden, um Deutschland die nötigen Lebensmittel zu liefern.

Kapitalrentensteuer.

Berlin, 10. März. Wie die „Tag. Rundschau“ von
zuvoriger Seite erzählt, wird der Entwurf einer Kapital-
rentensteuer demnächst der Nationalversammlung vorgelegt
werden. Die Steuer von 10 Prozent ist demnach auf alle
Gehalts, Dividenden, Zinsen und auch auf alle privaten
Schulden zu bezahen.

Bern, 11. März. (Schweizerische Depesch-Agentur.)
Von gutunterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß voraus-
sichtlich in wenigen Wochen die Exportbeschränkungen für die
Schweizer Industrie zum mindesten sehr stark gemildert, wahr-
scheinlich aber fast aufgehoben werden. Die Transaktions-
kosten bei Verdingungen nach dem Norden soll dieser Tage ver-
einbart werden.

Provinz und Nachbarkstaaten.

Leuchern, den 12. März.

Wiedereinführung der Sommerzeit? Ueber die
Frage der Wiedereinführung der Sommerzeit für das Jahr
1919 liegt heute die erste amtliche Aeußerung vor. Sie
lautet: Sicheren Berechnungen nach soll im Reichsministerium
des Innern unter Zuziehung aller beteiligten Reichs-
und preussischen Minister die Wiedereinführung der Sommerzeit
für das Jahr 1919 nicht in dieser Woche eingeleitet erdort
werden.

Die neuen Pensionsvorschriften für die preussischen
Staatsbeamten. Die preussische Regierung hat für
die Pensionierung von Staatsbeamten eine Verordnung erla-

fen, die für eine Lebenszeit, und zwar bis zum Ende
1920, das geltende Pensionengesetz mit seinen wichtigen Be-
stimmungen außer Kraft setzt. Dieser konnte ein Beamter
ohne Nachweis der eingetretenen Dienstunfähigkeit keine Pen-
sionierung beantragen, wenn er das 65. Lebensjahr voll-
endet hat. Bis zu dieser Altersgrenze bestand ein Anrecht
auf Pension nur wenn der Beamte infolge eines körperlichen Ge-
brechens oder Schwäche seiner körperlichen oder geistigen
Kräfte zur Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig
war. Als Pension wurde nach den Bestimmungen ein Betrag
von einem Drittel des Dienstalters gewährt. Der Höchst-
betrag der Pension, der erst nach 40 Dienstjahren erreicht
werden konnte, betrug drei Viertel des Dienstalters.
Nach den neuen Bestimmungen der Regierung kann
jetzt jeder Beamte bis zum Ende des nächsten Jahres, sofern
er eine zehnjährige Dienstzeit vollendet hat, seine Pensionie-
rung beantragen, ohne daß der Nachweis der Dienstunfähig-
keit verlangt wird. Außerdem wird ohne Rücksicht auf die
Dauer der Dienstzeit der bisherige Höchstbetrag, nämlich drei
Viertel des Dienstalters als Pension gewährt. Die
völlige Abschaffung des bisherigen Grundbegriffs der Pensionie-
rung beruht auf politischen Erwägungen. Man will dem Be-
amten, der nach erfolgtem Eintritt unter dem republikanischen
Regime seine Laufbahn nicht fortsetzen will, die Möglichkeit
geben, aus dem Dienst zu scheiden. In welchem Umfang von
dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden wird, bleibt ab-
zuwarten. Die Wichtigkeit liegt darin, daß Beamte,
in erheblicher Zahl die Gelegenheit benützen werden, sich
von den günstigen Bedingungen pensionieren zu lassen, zumal
bei den parlamentarischen Systemen und der zu erwartenden
Umgestaltung und Vereinfachung der inneren Verwaltung
die Beamtenlaufbahn in Zukunft weniger günstige Aus-
sichten bietet als früher. Falls zahlreiche Beamte aus ihrer Stellung
auscheiden, entfällt bei dem hohen Pensionssatz eine sehr
starke Belastung der Staatskasse.

— **Neue Marken.** Die Postverwaltung beschließt,
drei neue Marken, und zwar 10, 15 und 25 $\frac{1}{2}$ einzuführen,
in denen auf die Nationalversammlung Bezug genommen
werden soll.

— **Reichsregierung und militärische Stellen, Arbeiter-
und Soldatenräte** haben in der höchsten Not des Vaterlan-
des zur Bildung einer freiwilligen Wehr gegen die uns
von Polen und Bolschewiken drohenden äußeren Gefahren
aufgerufen (Brenzlauer Wd) abgesehen von den günstigen
Bedingungen sollte es Pflicht eines jeden deutschen Mannes
sein unsere Iden durch den Aufbruch in so schwer gestrich-
te Dismark zu schützen. Daher Männer aller Parteien kommt
und meldet euch. Nähere Auskunft über Bedingungen zum Ein-
tritt erteilt Lehrer Franz Kleinweg 8.

— **Wie amtlich** aus Berlin mitgeteilt wird, sind öffent-
liche Angestellten von jetzt bis auf weiteres verboten,
Verdienstleistungen für das Wehrdienst zu bekräftigen.

— **Herfeld, 9. März.** Von einer bei dem Aufsichtiger
Karl Einig geliehenen Gelbsumme (14 000 M) sind wie
verlautet, 8800 M an der Brücke bei Hausdöbel (Für
Hilfendorf-Waldau) in einem Sack gefunden worden.
Näheres ist noch nicht bekannt.

— **Raubraub.** Von einigen Tagen wurden in der hiesigen
Ziegenfabrik etwa 3000 M nach Hause gestohlen.

— **Witten, 11. März.** Der Ausschuss für Kleinwohnungs-
bauten hat mit dem Architekten Engelhardt aus Jena einen
Vertrag geschlossen, laut dem G. gegen eine Vergütung von
300 M für jedes Haus die Baueinstellung über 16 Wohn-
häuser, die auf dem Teichgraben errichtet werden sollen, über-
nimmt. Das Haus wird 11 000 M kosten (Friedenspreis
5000 M). Da aber ein Mißbürger 100 000 M zu Klein-
wohnungsbauten geschenkt hat, welche Summe zugelegt
werden kann, so wird der Preis so bemessen werden, daß Ar-
beiter die Häuser erwerben können. Auf Antrag des Aus-
schusses beschließt der Gemeinderat: Die Stadt wird bis
auf weiteres Unternehmern des Kleinwohnungsbau.

— **Querfurt, 10. März.** Hier wurde der Schenkwirt
Gerold verhaftet, der im Verdacht steht, an der Ermordung
des Oberleitnants von Klüber in Halle beteiligt gewesen
zu sein.

— **Leipzig, 10. März.** Der A- und S- Rat hat eine
Bekanntmachung erlassen, in der die Arbeiter, nachdem der
Generalstreik beendet und die Gefahr des Einmarsches frem-
der Truppen bebahn sei, angefordert werden, die ihnen
anzugehörigen Waffen und Munition sofort wieder abzu-
geben. Wenn schnell, wie die Bewaffnung, müsse auch
die Ablieferung der Waffen erfolgen. In einer weiteren
Bekanntmachung werden die Einschränkungen des Personen-
verkehrs auf den Straßen, der bisher von 9 Uhr abends
bis 11 Uhr früh verboten war, und die Festsetzung des Be-
schlusses auf 8 $\frac{1}{2}$ Uhr abends aufgehoben.
In der Nacht zum Montag kam es namentlich im Osten
der Stadt mehrfach zu lebhaften Schießereien. Personen
sind anscheinend nicht verletzt worden.

— **Dessau, 10. März.** Im Einvernehmen mit dem Reichs-
wehrminister, dem Anhaltischen Staatsrat und dem Generals-
kommando des 4. Armeekorps ist jetzt für Anhalt bereits
eine besondere Volkswehr gebildet worden, die den militäri-
schen Sicherheitsdienst in Anhalt bis zur endgültigen
Organisation der künftigen Reichswehr übernimmt.

— **Witten, 11. März.** Montag Mittag wurde die im
städtischen Gasthaus untergebracht Kommissarische von mehreren
unbekannten Männern ausgeraubt. Der Raub wurde durch
mehrere Schüsse auf den Kopf betäubt und darauf gelnndet.
Den Räubern fielen 60 000 M . in die Hände.

— **Leipzig, 10. März.** In voriger Woche erschienen eines
Tages, mittags, Volkstummenspieler Dr. Geher und Stadt-
kommandant Gustav Krug, sowie Zof. Scheib (H. S. P.)
mit zwölf Bewaffneten in Leipzig. Geher und Krug ver-
langten eine Unterredung mit dem Oberbürgermeister, nachdem
die Bewaffneten auf dem Platz ihre Gewehre geladen hatten.
In der Unterredung forderten Geher und Krug unter Androhung
sofortiger Verhaftung und mit der Bedingung, daß sie Geld
nicht nötig hätten, wenn die Forderungen von Ruhe und
Ordnung in der Stadt weiter beibehalten werden sollten, die
Unterschrift folgenden Schriftstückes: Hierdurch trete ich in

meiner Eigenschaft als Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
von dem geringen Gehalt, welches die Stadtkasse Leipzig
bei der Deutsche in Bank, bei der Dresdener Bank und bei
der Allgemeinen Deutschen Kreditbank, Filiale Leipzig, hat
den Betrag von 400 000 M . an den A- und S- Rat in
Leipzig dergestalt ab, daß dieser gegen Caution von Dr.
Kurt Geher und Schöning von der Allgemeinen Kreditbank
den Betrag von 150 000 M . von der Deutschen Bank den
Betrag von 150 000 M . von der Dresdener Bank den
Betrag von 100 000 M . jellen eintreiben dürfen. Der größte
Teil des Geldes wurde ausgezahlt.

Demersches.

— **Die Wpfeinen.** Gegenüber den hohen Preisen,
die vielfach für die ersten wieder zu uns gekommenen
Wpfeinen verlangt werden, wird aus Mängeln be-
achtet, daß dort die Wpfeinen schon zum Preise von
40 Pfennigen verkauft werden. München hatte während
des ganzen Krieges die verhältnismäßig billigsten und
auch ziemlich reichlich Lebens- und Genussmittel. Bayern
hatte sich überhaupt vorgezogen und von bürokrati-
scher Schamottierung möglichst fern gehalten.

— **Der Mörder seiner Ehre.** Vor dem Schwurgericht Güst-
row stand dieser Tage der Jahrgang Prof. Dr. Reimmöller
unter der Anklage, den Schenkwirt Brings vorläufig ge-
tötet zu haben. Frau Reimmöller hatte, als ihr Gatte im
Felde stand, ihre Kunst besonders dem genannten Schenkwirt
zugewandt, der, als Prof. H. von der Front auf Urlaub
zurückkehrte, diese Bezeugungen unter Ehrenwort in Abrede
setzte, dann aber, als sie erlattet erwiesen waren, für den
betrogenen Gatten nur Spott und Spott hatte. Der belei-
digte Ehemann schloß darauf den als Frauenjäger über berch-
tigten Verführer kurzer Hand nieder. Die Schwestern be-
richtigten die seitlichen Vorgänge bei dem Angeklagten
im Augenblicke der Tat und verneinten die Schulfrage.
Daransin erfolgte die Freisprechung des Angeklagten, die
überall sympatisch aufgenommen wurde.

— **Ein aufsehenerregender Prozeß** wird in kürzester Zeit
das Berliner Kriegsgericht beschäftigen. Unter der Anklage,
im November v. J. den gesamten Flugzeugpark Wlra, der
einen Wert von annähernd 10 Millionen M . hatte, für 2
Millionen M . an die Volkswirtschaften verkauft zu haben, steht
der Fliegerleutnant Forster, der vor einigen Tagen in das
Untersuchungsgefängnis in Berlin eingeliefert worden ist.

— **Mathematische Berechnung des Friedensschlusses.**
Wie wohl manchen bekannt, kann man den Friedensschluß
von 1870/71 mathematisch berechnen. 1870 + 1871 =
3741. Die Quersummen der beiden ersten und letzten Zif-
fern ergeben den Tag des Friedensschlusses, nämlich 3 + 7
= 10, 4 + 1 = 5, also 10 und 5, d. h. 10. 5, oder
10 Mai 1871. Die gleiche Rechnung hat ein Leser des „Frankf.
Generalanzeigers“ auf andere Zeit angewandt, wo sie folgen-
des ergibt: 1914 + 1919 = 3833. Die Quersummen
der beiden ersten und letzten Ziffern ergeben 11 und 6,
also wäre der Tag des Friedensschlusses der 11. Juni die-
ses Jahres.

— **Kaffeegeld oder Schnupftabak.** Die Einkaufsge-
nossenschaft für Kaffeevorteil und Hotels in München kaufte
von der Firma Großkaffeehandlung Metterhaken in Hamburg
auf Grund eines ihr vorgelegten Probekaufers 600 Zentner
Kaffeegeld um 129 000 M . der sofort bezahlt wurde.
Die Einkaufsgenossenschaft beanstandete die gelieferte Ware
wegen ihres Geruchs und stellte die ganze Sendung der
Lieferantin zur Verfügung. Es kam zum Prozeß in Mün-
chen, bei dem vor sachverständiger Seite erklärt wurde,
die gelieferte Ware sei kein Kaffeegeld sondern Schnupftabak.
Die gerichtliche Entscheidung liegt noch aus.

— **Das Ende eines Wäters.** Von einer aus der Ur-
vaine eingetrossenen hohen russischen Persönlichkeit wird
folgendes mitgeteilt: Der Heilige des Ostens, der Mos-
kauer Außerordentlichen Kommission zum Kampf mit der
Konterrevolution, Spekulation und Sabotage der Kiste Peters,
ist auf Besch der Sowjetregierung erschossen worden. Durch
Erfüllungen des bekannten Wurses wurde festgestellt, daß
Peters, einer der gauftamsten und energiegelassen Mitglieder der
Moskauer Außerordentlichen, früher Spigel und Agent-Ko-
volatuer der alten zaristischen Regierung in Riga gewesen
ist. Es ist dies bekanntlich nicht der erste Fall, daß ein
führender Volkswirt sich als Spigel entpuppt. Bezeichnend
ist es, daß Peters, der Täufler das himmernden lassen, als er
selbst zum Nichts geschleift wurde, sich unglücklich feige
auführte. Er umklammerte die Knie der Wogardisten, küßte
ihre Hände, weinte und flehte, ihn am Leben zu lassen. So
sind sie alle, diese feigen Wörder, die durch chinesische und
forensische Denker Träume von Blut vergossen haben!

— **Die Vertreter des neuen Deutschlands.** Während
früher die gleichen Besuche die größte Zahl der Mitglieder
zu den Parlamenten stellten, sind jetzt im Zeitalter der Demo-
kratie sehr viele Männer in der Nationalversammlung, die
aus den einfachen Volksschichten herorgegangen sind. Wenn man
jetzt z. B. in dem oben erwähnten Wäters „Die National-
versammlung in Wort und Bild“ (Stuttgart, Volksverlag
für Politik und Verkehr M . 1.20) die Lebensläufe der
Abgeordneten liest, erkennt man so recht den Aufstieg des
Volkes im neuen Deutschland. Da gibt es eine Menge Ab-
geordneter, die als Arbeiter oder Handwerker begonnen haben
und sich der gewerkschaftlichen Organisation gewidmet haben,
und dann in die politische Laufbahn eingetreten. Es ist
sehr lehrreich, diese kurzen Biographien zu lesen, deren
Interesse noch dadurch erhöht wird, daß das Buchlein auch
die Bilder der Abgeordneten enthält. Außerdem findet
man darin eine belehrende Statistik der Wahlen und alles
Wichtige über die neue Reichsverfassung.

Die graue Frau

Roman von A. Hottner-Ost.
„Du verheißt dich wieder nicht“, sprach er endlich
schwerfällige. „Ich begreife es nicht, weshalb du nicht ein-
fach deinen Abschied nehmen kannst, deinen vernünftigen
Beruf ergreifen und dann langsam deine Verrechnungen
beleichen, mit selbstverdientem Geld. Dein Erbte ist dir
bereits längst ausbehalten, ist in alle Hände zerstückelt. Ein

großer Teil deines Geldes muß im Geheißt bleiben,
ebenso wie die Kapitalien, welche deine Großmutter und
deine Brüder besitzen, die nicht fähbar sind. Die Firma
müßte zugrunde gehen, wenn ich leidenschaftig genug wäre,
immerfort so hohe Summen herauszuzahlen.“
„Du läßt natürlich lieber mich zugrunde gehen?“
„Nein. Aber du kannst mich nicht von der Notwendig-
keit eines solchen Opfers überzeugen. Vor einem Jahre
hast du auf diesem gleichen Wege gestanden und bist
mich ebenfalls dringend, wie heute. Und ich, an die die
gleiche Antwort. Du stellst dir mir auch damals die
fürsichtbare Aussicht: die Kugel, damals war ich noch
schwach und gab das Geld. Heute gebe ich es nicht mehr.“
„Nach einer Minute lang stand der junge Offizier, stumm
nach einer Stelle starrend, wie in tiefen Gedanken. Dann
ging es wie ein Wind durch seine geistreiche Gestalt.
Doch hob er den feinen dunklen Kopf.“
„So lebe wohl, Vater“, sagte er mit völlig klarer
Stimme. „Ich gehe.“
„Nach ein Wort, Dagobert!“
Die Stimme des Vaters klang nun doch etwas milder.
„Bleibe doch! Überlege es dir noch einmal, wozu ich
dir das nochmals sagen möchte. Die ganze unangenehme
Fabelwelt mit der kleinen Helia Wille, Willehilds Wäters,
ein für allemal aus dem Kopf. Du sagst einmal, du
wärest dir keinesfalls klar, ob in dem Korbkopf auch nur
ein Funken von Liebe — was man nämlich so wirkliche
Liebe nennt — zu dir steht. Das Wäters ist ja auch faun
Schwahn, noch gänzlich unerkennbar, ein gutes Kind, das man
lieben kann, wozu man eben will. Ich weiß, daß
du Einsticht aus in dieser Hinsicht nicht mit uns, mit deiner
Großmutter und mir, übereinstimmst. Er ist sentimental,
ebenso wie deine Mutter, und möchte gern aus der jetzigen
finsternen Zuneigung ein Band für das ganze Leben
schließen. Aber ich habe die Liebesbetränen.“
„Du hast sie nicht immer gehabt, Vater.“
„Leider“, sagte die alte Frau aus ihrer dunklen Ecke
herüber. „Wäre es nach mir gegangen, Anselm hätte nie
das Kind der Eheaterunterstützung als sein Weib in unser
Haus geführt. Solche Leute sind gut zu Wäters, zur
Ehe taugen sie nicht.“
„Großmutter, du sprichst von Mama — von meiner
geliebten Mama“, sagte Dagobert Gerhards in einem sehr
bestimmten, fast befehlenden Ton. „Und vor mir darf über
Mama nicht in dieser Art gesprochen werden. Ich habe
das nicht.“
Anselm Gerhards hob abwehrend die Rechte.
„Kommen wir das, es ist hier nicht von Belang. Also,
um zu unserer Angelegenheit zurückzukehren, Dagobert:
diesmal kann ich nicht helfen. Die Wäters immerhin noch
ein ganz annehmbarer Kusme; Bemüh dich um Clara
Sesler! Das Wäters ist sehr reich, selbständige Besitzerin
der großen Firma Sesler, sie ist höchstens um fünf Jahre
älter als du, derlei Unterstüterschaft haben bei Vermitt-
lungen durchaus nichts zu sagen. Ich schenke dir sogar allen
anderen Dingen vorzuziehen, folglich darfst du auf Erfolg
bei ihr rechnen. Was willst du in deiner heutigen Lage
mehr? Täufler haben vor dir einen solchen Rettungs-
anker ergreifen, Täufler werden es nach dir tun. Wer
durch seinen eigenen Leichtsinn in die Klemme tritt,
hat das Recht der freien Selbstbestimmung, meiner Ansicht
nach, verloren.“

— **Genuß, Papa.**
Dagobert Gerhards hatte sich stramm aufgerichtet und
stand jetzt mit einem beinahe höflichen Ausdruck in dem
schönen Gesicht vor dem alten Herrn.
„Beide wohl, Papa“, sagte er mit völlig klarer
Stimme. „Ich gehe.“
„Hast du es zu wissen, steckst er die Hand aus zum
Wäters. Aber Herr Anselm Gerhards kamte noch immer
in seiner Papieren und sah die Bewegung des Sohnes
nicht. Wäters wollte er sie auch nicht sehen. Da wendete
sich Dagobert nach einer flinken Verbeugung vor der alten
Dame, welche noch immer regungslos in der Ecke saß,
kurz um und schritt zur Tür. Mit einem dumpfen Laut
fiel Wäters hinter ihm ins Gesicht. Eine Stunde lang
blieb Dagobert draußen stehen und lautete. Hatte der
nicht jemand seinen Namen gerufen? War der Vater zur
Bestimmung gekommen? Sollte er ihn zurück? Oder kam
die Großmutter mit ihren abgerunden Schritten, um noch
ein gutes, ein verständliches Wort zu sprechen?
Dagobert Gerhards horchte angestrengt. Ganz deutlich
vernahm er sehr leise Schritte, dann, sehr gedämpft,
aber doch klar vernehmbar, ein Hinhin- und Hinausgehen,
wie von einem Frauengewand. Aber das Geräusch kam
nicht näher, im Gegenteil: es entfernte sich allmählich.
Und nun — der junge Offizier zuckte zusammen, als seine
Sinne schärften sich — nun ein schnelles, schärftes Zu-
hören einer Tür. Und dann wieder leise Schritte.
Niemals bog er den Kopf vor. Das kam entsetzlich
nächst aus dem Zimmer des Vaters. Das kam von
irgendwoher, von nebenan. Ja, geknall! Nun nebenan.
Aber dicht neben ihm irrte sich die gleichförmig dunkel
getäfelte Wand des ihmeligen Wanges hin, durch den leben
gehen mußte, der in das Kontor des Vaters wollte. Es
konnte unmöglich hier jemand eine Tür schließen.
Laufstunde seiner erregten Sinne, weiter nichts! Das
Lut hämmerte ihm in den Schläfen, seine Brust klopte.
Er hatte sich getrrt, ohne Zweifel. Aber trotzdem Dagobert
Gerhards sich diese Überzeugung immer wieder selbst
wiederholte, blieb er doch noch eine ganze Weile stehen
und sann dem eigenartigen Laut nach. Und während er
in den vor ihm liegenden halbfinsternen Gang tratete, kam
ihm die alte Wäters in den Sinn, die er in ferner Kinder-
zeit so oft vernommen, wenn er dem alten Dietrich sah

Fortsetzung folgt.

Baumaterial

sollt beschaffbar

Anfragen an:
Ambi Abt. II K.
Charlottenburg 9.

Heraus mit unseren Gefangenen!

Aufruf!

Erwacht, ihr Volksgenossen! Besinnt Euch!

Es ist möglich, daß Ihr kalt, gleichgültig und teilnahmslos bleibt wenn Hunderttausenden Eurer Brüder namenlos und entlosete Elend droht? 800 000 Deutsche warten als Kriegs- und Zivilgefangene auf die Heimkehr in ihr Vaterland, zu ihren Angehörigen.

In Elend, Krankheit und Not, in der Verbitterung und Verzweiflung von 4 Jahren ist die Hoffnung auf die Heimkehr nach Ende des Krieges vor obigem Zusammenbruch bewahrt. Und diese letzte Hoffnung ist zur letzten fürchterlichen Enttäuschung geworden. Der Krieg ist aus, die Gefangenen, die in Deutschland waren, sind in ihr Vaterland zurückgeführt, das deutsche Heer ist aufgelöst. Weder die Möglichkeit noch der Wille einer Erzbürokratie Deutschlands ist da.

Keinen Grund gibt es mehr, den Männern die Heimkehr zu verweigern, die länger denn vier Jahre unter den düstertesten und elendesten Bedingungen gelebt haben. Was doch wird ihnen die Nacht he versagt! — Aus welchem Grunde, zu welchem Zwecke? Nur Lust am Leiden Wehrloser kann Grund, nur Verachtung der Menschlichkeit sein. Deutsche, wacht Ihr! Das schweigend mitansehen, wacht Ihr Eure Pflicht als Vaterbrüder, Eure Pflicht als Menschen verkümmern?

Bei den Vorberedungsverhandlungen sollte die Heimführung der deutschen Gefangenen geregelt werden. Das Versprechen ist unseren Unterhändlern bei Abschluß des Waffenstillstandes gegeben worden. Das Versprechen ist gebrochen. Die Regelung der Heimführung ist auf den Hauptfriedensschluß, auf ungewisse Zeit verschoben. Einen Vorrieden gibt es nicht mehr. Ein Verzicht der Gerechtigkeit ist uns und der Welt versprochen worden. Eine Einleitung ist die jeder Menschlichkeit und Gerechtigkeit widersprechende Zurückhaltung von 800 000 Menschen!

Deutsche, wacht Ihr stumpf und gleichgültig das zulassen? Von Euch hängt das Schicksal der Gefangenen ab, mehr als von unseren Gegnern. Wenn Ihr Euch aufrichtet, wenn Ihr für sie eintrittet, könnt Ihr sie retten aus Not und Elend, Verzweiflung und Wahnsinn.

Erhebt den Ruf: Gebt uns unsere Ehre, Männer und Brüder, gebt uns die Menschen wieder!

Laßt den Schrei der Empörung hinauströmen in die Welt durch die Mauer, die Lüge und Verleumdung um und errichtet haben, an das Ohr eines jeden, der nicht sein Gewissen und sein Menschlichkeitsgefühl in Haß hat erlösen lassen.

Gefangenenschaft nach Kriegsende ist Sklaverei!

Schande über einen jeden, der Menschenantheit trägt und die Vergewaltigung von Menschen duldet! Doppelte Schande über den, der die Vergewaltigung seiner Volksgenossen duldet!

Schreit das Gewissen der Menschheit wach!

Kein Völkerverbund wird die Schmach tilgen können, die die ganze Menschheit auf sich läßt, wenn sie es zuläßt, daß 800 000 Menschen, 800 000 Männer, die ihre Pflicht getan, ihren Angehörigen, ihrer Heimat, ihrem Volk vorenthalten und zu Sklaven gemacht werden! Deutsche, wir wollen Euch wecken! Und Euer Ruf,

der Ruf von 70 Millionen soll die Welt wecken

und unseren Brüdern Rettung bringen. Tretet dem Völkerverbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen bei und macht Euch seine Forderungen zu eigen. Eure Brüder habe jahrelang für Euch gelitten. In dieser Stunde hängt das Schicksal Eurer Brüder von Euch ab.

Damen und Herren, die an der Gründung einer Ortsgruppe für Lehrer und Angehörige mitwirken wollen, werden gebeten, dem Unterszeichneten Mitteilung zu machen.

Heraus mit unseren Gefangenen!

Der Völkerverbund

zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Berlin-Charlottenburg, Tegeler Weg 17—20.

Verbandsgruppe Zeit W. Esser, Postfach 111. Vorsitzender.

Erklärung!

Zur Klarstellung der Gründe über die Fortsetzung des Streiks der Angehörten im mitteldeutschen Bergbau erklären wir, daß die Bergbauangehörten zwecks Erreichung höherer Ziele streiken, nämlich um den Bergbau als Nationalgut ein für allemal vor gewalttätigen und ungesetzlichen Eingriffen zu schützen. Die Verwendung des Beamtenstreiks ist abhängig von der Stellungnahme der Regierung und dem Ausfall der zur Zeit noch schwebenden Verhandlungen zwischen der Regierung und Vertretern der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter, die voraussichtlich am 12. ds. Mts. zum Abschluß gelangen dürften und deren Ergebnis wir noch abwarten müssen.

Die Darstellung des Mitteilungsblattes Nr. 8 des Aktionsausschusses Zeit vom 8. ds. Mts. unter der Überschrift: Der Generalstreik geht seinem Ende entgegen: Die Beamten wählten nun gegen die Arbeiter streiken, ist eine grobe Entstellung des wahren Sachverhaltes und soll nur dazu dienen die öffentliche Meinung gegen die Bergbauangehörten aufzubringen.

Wir erheben hiermit nachdrücklichst Protest und betonen, daß die Abwartung der Verhandlungen in Weimar für uns einfach eine Existenzfrage bedeutet, jedoch hierdurch jedem einseitigen Menschen klar sein dürfte, daß die Fortsetzung des Angestelltenstreikes eine zwingende Notwendigkeit für uns ist.

Bereinigung der Angestellten des mitteldeutschen Bergbaues, Streikleitung des Zeit-Weiskens Hohenbühner Bezirks.

Lebensmittelmarken.

Am Freitag, den 14. d. Mts. nachmittags von 3—4 Uhr werden in den Bezirksstellen die Brotmarken für die Zeit vom 17. bis 20. März 1919 ausgegeben.

Leuchter, den 11. März 1919.

Der Magistrat, Zimmermann.

Kerzen-Verteilung.

An die Inhaber von Kerzenmittelfarben wird marktfrei eine Kerze zum Preise von 15 Pf. abgegeben. Die Kerzen sind bei demjenigen Kleinhandlcr abzuholen, wo die Eintragung in die Kundenliste bewirkt worden ist, die Abgabe geschieht vom 13. ds. Mts. ab.

Leuchter, den 10. März 1919.

Der Magistrat, Zimmermann.

Wasserdicht und nicht abfärbend

werden ihre Schuhe bei fortlaufendem Gebrauch von Dr. Gontner's Schuhwachslederputz



Nigrin

Stets gleichmäßig in Qualität.

Wurde während des ganzen Krieges als Ersatzmittel geliefert, also keine abfärbende Wasserfarben.

— Auch bei feinsten Kälte garantiert frostsicher. —

— Sprechler, auch des so beliebten Parfümboden-u. Linoleumwachs Nuberin: Carl Gontner, Göttingen.

Freiw. Verteidigerung.

Ein Sofa, ein Kleider-schrank, eine Kommode u. Glasanfaß, ein Tisch, ein Nähtisch u. verfl. a. sollen Donnerstag nachm. 2 Uhr meistbietend versteigert werden.

Funthel Nr. 15.

Ein fast neuer Spiegel

ist billig zu verkaufen. Zu erfragen in d. Geschäftst. d. Bl.

Kolzes Töpferei

empfehlen

Allelei Tonwaren

Geflügeltränken für Enten, Gänse usw.

1 Bar neue

Herrenschnürschuhe Nr. 43

und 1 Paar gebrauchte

Schnürschuhe Nr. 41

sind zu verkaufen. Wo lagst d. Exp.

Tragende Häsin

zu verkaufen. Wo, sagt die Geschf.

Eine hochtragende Ziege

zu verkaufen. Zu erfragen i. d. Geschäftst. ds. Bl.

Wer baut für Zuckerfabrik Zeit unter günstigen Bedingungen 2 Morgen Pflanztriden?

Anfragen an

Institut Landmann, Zeit

Kleineres Gut

100 — 200 Morgen mit gutem Mittelboden suche ich sofort zu kaufen.

Angeb. a. d. Geschäftst. ds. Bl. erbeten.

1 Schuhmacherlehrling

kann Ostern antreten bei Kurt Busch, Schuhmachergstr.

2 Frauen

zur Cartonabeit

Kostlos, Trockenfabrik.

Ein eheliches, sauberes Mädchen wird als

Aufwartung

sofort gesucht.

Zeigerstraße 31.

Warnung.

In meinem umzäunten Grundstücken sind

Selbsthüße

gelegt. Ich warne vor jeden Betreten derselben. Eltern mögen ihre Kinder warnen.

Dsm. Hildebrandt.

Vereinigter Turnverein E. V. D. T.

Turnstunden

Dinstag und Freitag: Turner, Freitag: Turnerinnen.

Der Turnrat.

Ehrenerkklärung.

Die von mir gegen den Bergarbeiter Karl Köhler aus Kötzlitz ausgesprochene Verleumdung nehme ich als unwohl zurück.

Besta Wed, Kötzlitz.



Einen Posten Lämmer u. Schafe

zur Zucht stehen vom Mittwoch, den 12. März an zum Verkauf bei

Ernst Böler, Hildesheim.

Wir haben von heute prima



Belgische Pferde

schweren und leichten Schlags zum Verkauf.

H. Reiffert & Sohn, Grethburg a. U.

Dr. Blümel, Halle, Magdeburgerstr. 47.

Facharzt für Hals, Nase, Lunge.

Von der Reise zurück.

Pür die Aufmerksamkeit anlässlich unserer

Vermählung

sagen wir allen Verwandten Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.

Fritz Födisch und Frau
Rosa geb. Schwager.

Donnerstag, d. 13. März

C. Extraverfammling

in „Vestibels Restaurant.“ Anfang 6 Uhr. Der Vorstand.

Schützenverein Schortau.

Freitag, d. 14. 8. 11 Uhr abends

Versammlung

Der Vorstand.

Gasth. Schortau

Sonntag, den 16. März

gr. Maskenball

von nachm. 4 Uhr

Ball

Einlaß der Masken 7 Uhr.

Die schönsten Masken werden prämiert.

Um gültigen Zuspruch bittet

H. Georgi.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode und Begräbnisse unserer lieben unvergesslichen Tochter und Schwester

Marie Böttcher

sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Gröben, den 12. März 1919.

Die trauernden Eltern
Gustav Böttcher
nebst Geschwistern.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer viel zu früh dahingegeschiedenen lieben Tochter und Schwester

Marianne

sagen wir allen die ihren Sarg mit Kränzen und Blumen schmückten und sie zur letzten Ruhe begleiteten, herzlichsten Dank.

Die trauernden Eltern
Ernst König u. Kinder.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben kleinen

Walter

können wir nicht unterlassen, unsern innigsten Dank auszusprechen. Paten, für das schöne Sterbekleid, dank allen Verwandten, Nachbarn, Freunden und Bekannten, für den reichen Blumenschmuck und Geldspende. Dank den werthen Trägern, die den Entschlafenen zur letzten Ruhestätte trugen. Dank der Streikleitung von Tschern, für die mir zugesandte Unterstützung.

Dir aber, lieber Walter, rufen wir ein „Ruhe sanft“ in die Ewigkeit nach.

Teuchern, den 11. 3. 19.

Albin Wegel u. Frau.

Protokollbücher Schnellhefter Kassabücher Löcher Liniale

zu haben bei

Otto Lieferenz.

Herzlichen Dank allen für die Geschenke und Gratulationen zu unserer Hochzeit.

Arno Enke u. Frau
Olga geb. Heinicke.

Ihre vom heutigem Tage vollzogene

VERMÄHLUNG

beehren sich anzuzeigen

Lokomotivführer
RICHARD KRÖGERER u. FRAU
GERTRUD geb. RUSCHÉ.

Zeit, Hylsborferstr. 22.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben kleinen

Walter

können wir nicht unterlassen, unsern innigsten Dank auszusprechen. Paten, für das schöne Sterbekleid, dank allen Verwandten, Nachbarn, Freunden und Bekannten, für den reichen Blumenschmuck und Geldspende. Dank den werthen Trägern, die den Entschlafenen zur letzten Ruhestätte trugen. Dank der Streikleitung von Tschern, für die mir zugesandte Unterstützung.

Dir aber, lieber Walter, rufen wir ein „Ruhe sanft“ in die Ewigkeit nach.

Teuchern, den 11. 3. 19.

Albin Wegel u. Frau.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Meyerers, Leipzig.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Anzeigenpreis: Die Einzelzeile 15 Hgr.

Aufgenommene in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zehnerstraße 10 bis höchstens bernitteltags 10 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Halbjährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,60 RM. von unseren Lesern ins Haus gebracht 1,75 RM und durch den Briefträger 1,74 RM.

Halbjährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zehnerstraße 10, auch zu unseren Zentren und allen Häusern bezugsfähig angenommen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 31.

Donnerstag, den 13. März 1919.

58. Jahrgang

Deutsche Nationalversammlung

Präsident, 10. März. Die Sitzung wurde 2 Uhr 20 eröffnet. Tagesordnung: Ernährungsinterpellation. Zur Begründung führt Abg. Peters (Dem.) aus: Die Regierung muß abholener Wahrheit und Klarheit dem deutschen Volk sagen, wie die Lage ist. Andererseits müssen wir das moralische Gefühl des Volkes aufrechten. Die Arbeitsentstellungen müssen aufgehoben, damit die vorhandenen Vorräte nicht als Futur vor der Unmöglichkeit vergeudet werden, was damit die neue Ernte gefördert wird.

Wir fordern speziell die Aufhebung der Zwangsverpflichtung für Fleisch und Eier, weiter den Abbau der Kriegsgewinnorganisationen. Zum zweiten haben wir unsere Interpellation eingebracht, um an das Gewissen der Welt zu appellieren. Wenn wir nicht die Lebensmittel bekommen, die wir haben müssen, dann wird das nicht allein zu einer deutschen, sondern zu einer europäischen Katastrophe führen. Wenn aber der russische Volkshunger durch den Abschluß ganz Europa überflutet, dann mögen die Mächte die Verantwortung tragen, die sie haben aber nicht wollen.

Abg. Dr. Semmler (Dn.) Die Zwangsverpflichtung muß nach dem Vorschlag von Dr. Mölde abgebaut werden. Die Aufhebung einer bestimmten Menge ist zu verlangen; im übrigen muß aber den Landwirten volle Freiheit gelassen werden. Die Landwirtschaft kann nur gefördert werden durch den Privatbetrieb, nicht durch Sozialisierung.

Deutsche Nationalversammlung.

Präsident Lehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten mit dem Verlesen einer Mitteilung des Erzbischofs von Breslau über die Nationalversammlung, wonach die Vereidigung des in Halle getriebenen Oberleutnants v. Klüber am Dienstag nachmittags 3 Uhr stattfindet.

Meine Damen und Herren! Oberleutnant v. Klüber ist beantragt gewesen, die militärischen Maßnahmen zum Schutze der Nationalversammlung in und um Weimar zu treffen. Er hat dies in mutigster Weise bestritten. Sein Tod in Halle ist auch erfolgt im Dienste für die Ordnung und damit auch für das Vaterland, im Dienste für die Nationalversammlung. Er ist in bestmöglicher Weise hingemordet worden. (Beifall.) Bei diesem Anlaß gedenken wir auch mit Schmerzlicher und herzlicher Teilnahme der künftigen Mächte, welche die Angehörigen in Weimar unter unseren tapferen Soldaten und unter den braven Schutzleuten gefordert haben. Auch sie sind im Dienste der Ordnung und damit des Vaterlandes in die Ewigkeit hinweggegangen, gefallen

oder auch zum Teil hingemordet. (Beifall.) Wir der Reichsversammlung sind dem geborenen Oberleutnant v. Klüber wird die Nationalversammlung sich beteiligen. Eine Abordnung wird sich nach Halle begeben und dort die Nationalversammlung vertreten. Vizepräsident Kaufmann wird namens unserer Nationalversammlung einen Kranz zu Ehren des Verstorbenen niederlegen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Antrags.

Abg. Rahmann (Soz.) weist auf die unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln hin.

Reichsernährungsminister Schmidt: Die Gründe dafür, daß die Abgabe der Bevölkerung von fünf Pfund nicht überall stattfinden kann, liegen hauptsächlich in der Transportverhältnisse. Sobald freies Getreide zu erwarten ist, Anfang April — werden die Transporte in verdecktem Maße wieder aufgenommen werden.

Geheimrat Trendelenburg: Aus den Mitteilungen des Zentralrats für die Wahlen zum zweiten Wahlgang geht hervor, daß Mitglieder aller politischen Parteien die Wahlvorschläge einreichen können. Die Anordnung des Reichsernährungsministeriums über diese Bestimmungen ist daher ordnungsgemäß.

Abg. Sollmann (Soz.) macht auf das Verbot des Bierkonsums in den Militärlagern aufmerksam, im besetzten Gebiete Neuwahlen zu den Gemeinderäten vorzunehmen.

Unterstaatssekretär Albert: Die deutsche Regierung hat wegen dieses Verbots unerschrocken die Militärlager angefragt. General Hubert hat erwidert, die Besatzungsgewalten hätten ein Interesse daran, daß die gegenwärtig im Amt befindlichen Kommunalbehörden verständig noch auf ihren Posten verbleiben. Die deutsche Regierung wird erneut ersuchte, die Besatzung gegen dieses Verbot einzulegen.

Verzweifelte Ernährungslage.

Die Interpellation der Abgeordneten Müller, Dresden (Soz.), Wöberer (Str.) und Bahr (Dem.) über die künftige Ernährung des deutschen Volkes führte in der Nationalversammlung zu einer

lebhaften Aussprache, die leider nur allgemein von überaus großen Ernst der Lage konstatierte.

Der Reichsernährungsminister Schmidt kam bei seinen Ausführungen zu folgendem Ergebnis: Es bleibt uns nur übrig, den Forderungen für die Volksernährung durch Einfuhr von Ausland zu befriedigen. Leider sind das und Lebensmittel zu entsetzen, doch die Stimmen der Vernunft erwidert werden und doch der Appell an Menschlichkeit und Gerechtigkeit verhallt wie die Stimme des Redners in der Wüste. Alles heißt dafür, daß der Wirtschaftskampf auch nach Kriegsende mit aller Schärfe fortgesetzt werden soll. Trotz allem: Es ist nicht so schlimm mit unserer Ernährung, wenn uns nicht durch sturloze Streiks und politische Unruhen die Einfuhrmöglichkeiten aus dem neutralen und sogar aus dem feindlichen Ausland unterbunden worden wären. Wir hätten Lebensmittel in nicht geringen Mengen wie Fleisch, Getreide, Milch, Fett und Getreide, einfügen können, wenn wir die nötigen Kombinationen dafür hätten bieten können, und zwar Kohle, Kaffee und Eisen. Weil wir das aber nicht bieten konnten, sind uns diese Lebensmittel vor der Nase weggeschwunden. (Beifall.)



die Lagereise und Krankenhäuser sichergestellt ist. Endlich können wir vielleicht, wenn der Verbrauchszucker sichergestellt ist, das, was darüber hinausgeht, freilassen. Dagegen muß ich mit aller Entschiedenheit die Aufhebung der Zwangsverpflichtung für Brotgetreide ablehnen, für Fleisch, für die Butter und Milchverwertung und für die Kartoffelverwertung. Ich glaube nicht, daß die deutsche Landwirtschaft unseren Bedarf decken könnte. Trotzdem werden wir alles tun, um die Produktion zu erhöhen, schon weil wir gar nicht die Mittel haben, eine große Einfuhr finanziell zu bestreiten.

Die Lösung der Arbeiterfrage sehe ich in der Schaffung eines heimischen Fleisches, dem auch im Ausland genossenschaftlicher Einrichtungen die Möglichkeit gegeben wird, sich die technischen Fortschritte zunutze zu machen.

Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt Ederer v. Braun gibt einen eingehenden Bericht über die Vorgehensweise der letzten Verhandlungen in Spa. Der Oberste Kriegsrat in Paris hat sich vor einigen Tagen eingehend mit der Frage der deutschen Lebensmittelversorgung beschäftigt, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es zu einer Einigung des Waffenstillstandes nicht kommen wird, vielmehr werden die Verhandlungen fortgesetzt werden. Unsere Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Neue Verhandlungen werden kommen, und auf die Dauer wird sich die Welt den Verpflichtungen, die sie Deutschland gegenüber hat, nicht entziehen können.

Abg. Schiele (Dn.) erstattet einen Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über Arbeitsmarkt und Landwirtschaft. Er unterbreitet der Nationalversammlung einen Antrag dieses Ausschusses, der eingehende Vorschläge enthält für eine bessere Verteilung der Arbeitskräfte und zur Förderung der dringenden Arbeiten in

der Landwirtschaft, insbesondere der Frühjahrsstellung.

Abg. Blum (Str.): Wir Landwirte werden unter keinen Umständen streiken (Beifall), es ist unser aller Aufgabe, die Erzeugungsfähigkeit des Bauernstandes zu fördern. Möchten es doch unsere Chemiker dahin bringen, einige Kilometer überflüssiger Verbindungen in Stofflos zu verwandeln (Sehr gut und Heiterkeit.) Wilson sollte seine 14 Punkten den 15 hinzufügen: Laß deinen Räthen nicht verdingern, auch wenn es dein Feind ist. (Beifall.)

Abg. Wurm (L. Soz.) spricht auf Grund seiner Erfahrungen über die Lebensmittelversorgung und auch über die Streiks und die Vorkommnisse in Liebenberg, die er zwar nicht zu befehlen, aber doch zu entschuldigen versucht.

Reichsminister David: Früher hatten wir keinen Nahrungsmittelmangel, keinen Nahrungsmittelmangel, das war der Streik ein berechtigtes Kampfmittel. Das kann er heute nicht sein, weil wir in Gefahr stehen, in einen Hunger hineinzuführen. Das Streikrecht des Volkes anfangs. Der Streik ist ein Verbrechen, wenn er sich gegen das Leben der Gesamtheit wendet, das muß jeder verständige Arbeiter einsehen. Wir hätten aus neutralen Ländern manche Nahrungsmittel bekommen können, wenn wir dafür Möglichkeiten geben hätten. Die Unabhängigen Sozialisten tragen die Verantwortung daran, daß es zu diesen furchtbaren Schörungen unserer Wirtschaftslage gekommen ist, und daß die Gewalt des gegenwärtigen Unwirsens fortzuhalten. (Stimmlicher Widerspruch bei den L. Soz.)

Abg. Eisenberger (Bayer. Bauernbund): Als keiner Gebirgsbauer will ich nur ein paar Worte zu Euch sprechen. Auf dem Gebiete des Getreidehandels wird viel gefehlt, am meisten von dem besseren Stande, die auf die Welt ausgehend viel Nahrungsmittel aus dem Lande herausziehen. Die Frage über den Mangel an Landwirten ist bestritten. Der Mangel liegt aber zweifellos daran, daß der Grundbesitz infolge der vielfachen Wirtschaft zu wenig stillstand produziert. Mit Recht verlangt der Ausschuss die Inangriffnahme von Kulturarbeiten in den Forsten. Bei uns in Bayern haben die Forstwirtschaftler ihre besten Gebiete aufgegeben und in Jagdgründe verwandelt. Auch die Regierung hat manche Fehler begangen, ich erinnere nur an ihre verkehrte Sanftmütigkeit. (Große Heiterkeit.) Man Sorge dafür, daß die Gendarmen, die man hinausgeschickt, um die Bauern zu kontrollieren, nicht bei den Grundbesitzern vorbeigehen. Der Grundbesitz, der bisher so wenig für die Volksernährung geleistet hat, muß aufgestellt werden. (Beifall.)

Abg. Sollmann (Soz.): Die eben geäußerte vorläufige Rede beweist, wie viele Verzerrungspunkte zwischen Kleinbauern und Sozialdemokratie bestehen (Beifall) und auch nach sehr bedeutsam, als zwischen Herrn Eisenberger und den Grundbesitzern. Ich habe volles Verständnis für den tiefen sittlichen Gehalt des Christentums; wollen alle nach dem Grundgesetz handeln: Nicht dem Augrinen zum Trost, dann brauchen wir keine Sozialisten. Aber am allergeringsten die Landwirtschaft hat nach diesem Wort und nach dem Satz „Nicht deinen Räthen wie dich selbst“ gehandelt.

Abg. Dürke (D. V.): Auch die bescheidenste Sozialisierung in der Landwirtschaft wäre der größte Gewinn Deutschlands; die Regierung würde an dem Verhalten sämtlicher Landbesitzer vom größten bis zum kleinsten ihr blaues Wunder erleben. An jeder Kuh, die man zum Schlachten absetzen, verlieren wir mindestens 1000 Mark (Sehr Widerspruch links). Den Verdienst am Getreidehandel an Fleisch erlangt nicht der Landwirt, sondern der Zwischenhändler.

Reichsminister Schmidt: Die Interaktion gedenke ich nicht herabzusetzen, noch den Zudeckpreis auf das Verbot des Friedenspreises zu erhöhen, das ein Verbrechen an den Verbrauchern, auch ein Kartoffelverbot von 10 Mark wäre angebracht.

Damit schließt die Besprechung. Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Darin befindet sich auch der Vorschlag, daß Landarbeiter bei öffentlichen Hofarbeiten nicht beschäftigt werden dürfen, wenn sie ohne zwingenden Grund landwirtschaftliche Stellen abgegeben haben; gegen diesen Vorschlag stimmen die Sozialdemokraten.

Warum die Entente einleitet.

Grund der englischen Anzeigen.
Zu der Vorgeschiede eines nach Weimar geschickten Telegramms, worin die deutsche Regierung verständigt worden ist, daß die Entente es übernehmen will, wenn die Luft mit Lebensmitteln zu verlieren, will eine polnische Quelle folgende interessante Einzelheiten erfahren haben:

Der französische Minister Douhaire hatte noch einen Kompromißvorschlag gemacht, wonach Amerika die Ausgaben für die Ernährung übernehmen sollte, wenn diese 500 Millionen Dollar überlegen. Die amerikanischen Delegierten betonten, daß sie durch Verzicht des Kontrahes verhindert seien, einen solchen Vorschlag anzunehmen.